

**Niederschrift
über die 4. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses**

Sitzung am :	Donnerstag, den 16.01.2025
Sitzungsort:	Sitzungszimmer 345

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 17:58 Uhr

Anwesenheit:

Name	Bemerkung
-------------	------------------

Vorsitzender

Herr Bürgermeister Tobias Kämpf

Stimmberechtigtes Mitglied

Frau Heike Bertram
Frau Cornelia Erhardt
Herr Frank Erhardt
Frau Yvonne Gruber
Herr Sebastian Heydel
Frau Steffi Liedtke
Herr Michael Petzold

Beratendes Mitglied

Frau Heidrun Bursee	
Herr Prof. Dr. Dirk Stenzel	
Frau Christa Süß	später gekommen
Frau Claudia Weise	später gekommen

Stellvertretendes Mitglied

Herr Tim Schuster	Vertretung für Frau Diana Simon
Frau Mary Wachsmuth	Vertretung für Frau Diana Tarnawski

Abwesende:

Name	Bemerkung
-------------	------------------

Stimmberechtigtes Mitglied

Frau Diana Simon	entschuldigt
Frau Diana Tarnawski	entschuldigt, krank

Beratendes Mitglied

Herr Sebastian Loik	entschuldigt, krank
---------------------	---------------------

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Eric Hoffmann	FBL Jugend/Soziales/Schulen/Sport	gesamte Sitzung
Steffi Brenner	SB Kinderbetreuung und Kita-Dienstaufsicht	zu TOP 3.
Frank Zabel	Koordinator Kommunalen Präventionsrat	zu TOP 5.

weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Claudia Bodenschatz, Freie Presse	öffentlicher Teil

Tagesordnung: **öffentlicher Teil:**

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.1. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.2. Tagesordnung
- 1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 2. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 24.10.2024
- 1.4. Beantwortung von Anfragen
- 1.5. Informationen des Bürgermeisters
2. Antrag der Fraktion Freie Bürgerliste Plauen - Prüfung und Einrichtung eines kommunalen MVZ -, Reg.-Nr. 46-24 - Stellungnahme der Verwaltung
3. Antrag der CDU-Fraktion - Auswertung Modellversuch flexible Betreuungszeiten -, Reg.-Nr. 32-24 - Stellungnahme der Verwaltung
4. Vorberatung
- 4.1. Antrag der BSW-Fraktion - Gemeinsam für eine bessere Finanzierung der Kinderbetreuung -, Reg.-Nr. 34-24 - Stellungnahme der Verwaltung
5. Aktueller Sachstand Villa Postplatz - Berichterstattung: Frank Zabel
6. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)
1. **Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung**

Die 4. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses wird durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit von Oberbürgermeister Steffen Zenner, eröffnet und geleitet.

Gemäß § 39 SächsGemO weist Oberbürgermeister Zenner darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Gemeinderatsmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Bildungs- und Sozialausschusses werden zur Mitunterzeichnung der

Niederschrift über die heutige Sitzung Stadträtin Cornelia Erhardt, AfD-Fraktion, und Stadträtin Yvonne Gruber, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, bestellt.

Oberbürgermeister Steffen Zenner wünscht allen Stadträtinnen und Stadträten sowie den sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern noch ein gesundes neues Jahr und eine weiterhin erfolgreiche und konstruktive Zusammenarbeit für die Stadt Plauen.

1.1. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Oberbürgermeister Steffen Zenner stellt die Beschlussfähigkeit fest.

1.2. Tagesordnung

Es liegen keine Änderungsanträge, Fragen oder Hinweise zur Tagesordnung vor.

1.3. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 2. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses am 24.10.2024

Oberbürgermeister Steffen Zenner stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 2. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses vom 24.10.2024 fest.

1.4. Beantwortung von Anfragen

Es gibt keine offenen Anfragen aus der letzten Sitzung.

1.5. Informationen des Bürgermeisters

Oberbürgermeister Steffen Zenner hat keine weiteren Informationen.

2. Antrag der Fraktion Freie Bürgerliste Plauen - Prüfung und Einrichtung eines kommunalen MVZ -, Reg.-Nr. 46-24 - Stellungnahme der Verwaltung

Oberbürgermeister Steffen Zenner ist über den Artikel in der heutigen Freien Presse verwundert, wo er im nichtöffentlichen Teil der letzten Stadtratssitzung bereits ausführlich zu diesem Thema informiert hatte. Er bittet die Fraktion Freie Bürgerliste Plauen ihren Antrag vorzutragen.

Frau Heidrun Bursee, sachkundige Einwohnerin, erklärt, dass das MVZ ein Bestandteil des Wahlprogramms war und ihre Fraktion sich für die Verbesserung der ärztlichen Versorgung in der Stadt Plauen einsetzen möchte. Sie bittet die Stadtverwaltung zu prüfen, ob es vorstellbar wäre, ein MVZ kommunal zu führen.

Oberbürgermeister Zenner bestätigt, dass die Stadt Plauen nach wie vor bereit sei, ein MVZ auf der Neundorfer Straße zu realisieren. Die Gründung einer solchen Einrichtung ist seit 2004 generell möglich. Die Kommunen können aber erst seit 2015 solche Medizinische Versorgungszentren errichten und betreiben. Im Moment gibt es bundesweit etwa 5300 MVZ, davon werden 86 % von der Trägerschaft betriebenen Ärzteschaft oder Kliniken und 14 % von den sonstigen Trägern wie Gesundheitszentren, Kommunen oder Dialysezentren betrieben. In Sachsen gibt es derzeit noch kein kommunales MVZ.

Oberbürgermeister Zenner versteht die Intuition des Antragsstellers, zeigt sich dennoch skeptisch. Die Errichtung eines kommunalen MVZ sei mit vielerlei Risiken in Hinsicht auf Haftung, aber auch Wirtschaftlichkeit und bürokratischen Mehraufwand verbunden.

Neben einem städtischen Gebäudekomplex wäre die Kommune gleichermaßen für das Equipment, aber auch für die Fixkosten (Strom, Gas, Wasser), die Abrechnungsmodalitäten sowie die Einstellung der Ärztinnen und Ärzte und des medizinischen Fachpersonals verant-

wortlich.

Laut der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen (KVS) besteht in der Stadt Plauen in der kinderärztlichen Versorgung eine Überversorgung von 149 %. Im Grunde nach besteht momentan kein Bedarf an Kinderärzten. Der Planungsbezirk ist auch gesperrt und somit könnte man nicht einmal einen Kinderarzt in Plauen ansiedeln. In der hausärztlichen Versorgung liegt man mit 86 % in einem Bereich, wo die Versorgung zwar gefährdet, jedoch noch nicht unterversorgt ist. Die KVS umgehen und selbst als Kommune Ärzte ansiedeln können, sei ein völlig falscher Gedanke, so Oberbürgermeister Zenner weiter.

Ferner sind für die Betreibung eines MVZ 2 Hausärzte und mindestens ein ganzer Arztstz notwendig. Die Engpässe in der ärztlichen Versorgung sind der Stadtverwaltung bekannt und der Oberbürgermeister Zenner befindet sich bereits mit KVS im Gespräch. Hinzu kommt, dass das ärztliche Personal schwer zu finden sei.

Die Gesundheit soll kein Geld kosten und dennoch muss ein kommunal geführtes MVZ rentabel sein. Ist dies nicht der Fall, besteht eine sogenannte Nachschusspflicht, erklärt Oberbürgermeister weiter. Dies bedeutet, dass man als Gesellschafter Geldmittel zuschießen muss, im Fall einer Kommune aus dem Haushalt heraus. Die Stadt Plauen ist hochverschuldet und im Moment gar nicht kreditwürdig, um ein kommunales MVZ finanzieren zu können.

Frau Stadträtin Yvonne Gruber, Freie Bürgerliste Plauen, hat eher an eine Bestandsimmobilie gedacht. Das Objekt an der Neundorfer Str. hatte sie nicht im Blick. Es geht ihr einzig und allein um den Bedarf an ärztlicher Versorgung. Sie plädiert dafür zunächst einen Hausarzt und einen Kinderpsychologen am MVZ anzusiedeln. Der Ausbau des Objektes an den Neundorfer Str. zieht Planung und Bauzeit nach sich und stellt damit keine kurzfristige Alternative dar. Sie bittet die Verwaltung mit den 40 Kommunen, welche ein MVZ eigenständig auf den Weg gebracht haben, Kontakt aufzunehmen und zu erfragen, wie die Hürden gemeistert wurden.

Oberbürgermeister Zenner wiederholt, dass die Kommune trotz einer Bestandsimmobilie als Unternehmer agieren müsste. Die Annahme, man errichte als Kommune ein MVZ und die Ärzte kommen automatisch, sei naiv und weckt falsche Hoffnungen bei der Bürgerschaft. Bevor man so ein komplexes Vorhaben angeht, müssen zunächst Gespräche mit der Ärzteschaft geführt werden. Dies sei kurzfristig nicht umsetzbar, so Oberbürgermeister Zenner.

Zu weitere Herausforderungen zählen die Fördermöglichkeiten, welche in jedem Bundesland unterschiedlich geregelt sind. Für die Hausärzte gebe es Fördermittel, für die Kinderärzte dagegen bestehen keinerlei Förderchancen. Zudem könne die Kommune auf solche Förderprogramme gar nicht zurückgreifen und müsste die Kosten aus dem städtischen Haushalt aufbringen. Des Weiteren müsste die Kommune die Ärzte am Umsatz beteiligen.

Oberbürgermeister Zenner weist daraufhin, dass der Grundstellungsauftrag für die ärztliche Versorgung in erster Linie bei der Kassenärztlichen Vereinigung und bei der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Sachsen liegt und nicht bei den Kommunen. Er versichert jedoch, dass die Verwaltung sich diesem Thema annehmen und die Bemühungen zuarbeiten wird.

Frau Bursee kennt viele Ärzte, die aufgrund der Schichtdienste nicht im Krankenhaus arbeiten möchten. Demnach wäre das Angestelltenverhältnis in einem MVZ eine gute Möglichkeit, um Ärzte anzuwerben. Die Lage hat sich seit 2 Jahren massiv verschlechtert, sich nur auf die KVS zu verlassen, sei daher nicht richtig. Es geht um die Daseinsfürsorge, dafür sei in erster Linie kein hochmodernes MVZ mit sämtlichen Fachrichtungen notwendig, sondern lediglich eine Haus- und Kinderarztpraxis, so Frau Bursee. Die Hürden sind ihr durchaus bewusst, dennoch möge die Stadtverwaltung mutig denken und sich mit dem Zustand befassen.

Ferner spricht sie den Arztassistentenberuf an, welcher an der Dualen Hochschule Plauen ausgebildet wird. Sie ist sicher, dass dort Synergien geknüpft werden können, um die Physician Assistants in einem MVZ einzusetzen.

Oberbürgermeister Zenner erklärt, dass die Berufsgruppe Physician Assistant für ein MVZ maßlos überqualifiziert wäre. So bekräftigt er nochmal, dass die Stadt Plauen den Antrag unterstützt und weiterhin Gespräche mit KVS führen wird. Die Planungsbezirke sind sehr unterschiedlich gewichtet. Er wird sich dafür einsetzen, um in der lokalen Ausgestaltung mehr Kassensitze für Plauen zu bekommen.

Er versichert, dass die Stadt Plauen bereit ist, die Ärztinnen und Ärzte mit einem Komplettpaket (Wohnraum, Praxis, Kitabetreuung etc.) zu unterstützen, wenn sie sich in Plauen niederlassen möchten. Ein geeignetes Gebäude könne über die WBG ebenfalls gefunden werden. Er betont jedoch, dass die KV-Sitz-Verteilung momentan nur bei Hausärzten gegeben sei.

In der Neuendorfer Straße käme die Stadtverwaltung besser voran. Dennoch wäre dort eine kommunale Betreuung ebenfalls schwierig, eine Mischform ist eher denkbar, so der Oberbürgermeister Zenner. Die Stadtverwaltung nimmt sich dem Antrag an und wird die Ausschussmitglieder quartalsweise über die Ergebnisse informieren. Kurzfristige Zeitschiene, wie im Antrag vorgegeben, sei jedoch nicht realistisch.

Der Antrag wird nicht abgestimmt.

Zum Schluss appelliert Oberbürgermeister Zenner an die Stadträtinnen und Stadträte bei Vermittlung des ärztlichen Personals zu unterstützen.

3. Antrag der CDU-Fraktion - Auswertung Modellversuch flexible Betreuungszeiten -, Reg.-Nr. 32-24 - Stellungnahme der Verwaltung

Stadtrat Michael Petzold, CDU-Fraktion, stellt den Antrag, Reg.-Nr. 32-24 inhaltlich vor.

Eric Hoffmann, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, präsentiert die Auswertung zum Modellversuch flexible Betreuungszeiten anhand einer PowerPoint Präsentation.

Schlussendlich sei das Feedback der Eltern auf die flexiblen Öffnungszeiten überwiegend positiv, so rechne man bei der Einführung der Wochenstundenpakete mit einer gesteigerten Nutzung, da die Flexibilität für die Eltern deutlich gestiegen ist.

Dennoch ist das Modell in Bezug auf die Dienstpläne der Kitas sehr aufwendig, da die Betreuungszeiten kontrolliert werden müssen. Zudem zieht die Absenkung der Betreuungszeiten eine Anpassung der Öffnungszeiten zur Folge, das wiederum einen Rückschritt in der Flexibilität bedeuten würde.

Bei der Einführung der Wochenstundenpakete müsse man zudem mit der Kürzung des Landeszuschusses sowie den Mindereinnahmen bei Elternbeiträgen rechnen, welche der Stadt Plauen demzufolge als Einnahme entgehen würden.

Nach dem Betreuungsschlüssel bedeutet weniger Betreuungszeit aber auch weniger Personal. Theoretisch könnten 218.000,00 Euro an Personalkosten jährlich eingespart werden. Dies wird in dieser Größenordnung jedoch nicht umsetzbar sein, denn man möchte zum einen den Betrieb in der Kita nicht gefährden und zum anderen keine Rückschritte in der Qualität verursachen.

Erhöhter Verwaltungsaufwand, welcher Anpassung der Betreuungsverträge, Berechnung der Elternbeiträge sowie Erlassen der Bescheide, aber auch die Abläufe in der Personalverwaltung bis hin zu der Organisation in der Kita nach sich zieht, bliebe trotzdem.

Auch wenn sich der VZÄ auf 10 Einrichtungen verteilt, nur geringfügig verringert, müsse der Betreuungsschlüssel schlussendlich nach der Inanspruchnahme betrachtet werden. Dieser Dynamik müsse man in der Personalplanung mit Anpassung der Arbeitszeiten an die Betreu-

ungsstunden und ggf. bei Neueinstellungen begegnen.

Zunächst soll das Projekt in den Kitas Regenbogen, Kosmonaut und Gänseblümchen bis März 2025 weitergeführt werden. Danach soll geprüft werden, ob das Modellprojekt aus personeller Sicht umsetzbar ist und mit welchen Auswirkungen gerechnet werden müsste. Die Freien Träger sollen in die Erkenntnisse der Testphase ebenfalls einbezogen werden.

Fachbereichsleiter Eric Hoffmann versichert, die Ausschussmitglieder zum Wochenstundenmodell laufend zu informieren.

Oberbürgermeister Zenner bedankt sich für die Ausführungen und merkt an, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhalten bleiben sollte. Es müssen Wochenstundenpakete sein, die auf die Bedürfnisse der Eltern und der Kinder zugeschnitten sind.

Stadtrat Petzold, ihm ist bekannt, dass freie Träger es besser umsetzen können, weil dort flexible Arbeitsverträge geschlossen werden können, was bei den kommunalen Einrichtungen aufgrund der Tarifzugehörigkeit nicht möglich sei. Insgesamt ist das Modell vielversprechend, aber der Betreuungsschlüssel sollte stabilisiert werden. Es müsse mehr Druck auf die Landesregierung ausgeübt werden, damit die Landeszuschüsse steigen.

Weiter möchte Stadtrat Petzold wissen, ob es Kernzeiten in der Kita gibt, wo die Kinder anwesend sein müssen. Wenn nicht, wären die Abläufe in der Kita unstrukturiert und die Qualität würde darunter leiden. Er spricht sich dafür aus, gewisse Qualitätsstandards festzuschreiben.

Herr Hoffmann führt aus, dass es ihm bekannt sei, dass die freien Träger flexible Arbeitsverträge anbieten. Damit ist ein hoher Verwaltungsaufwand verbunden, es sei denn viele Arbeitnehmer akzeptieren es. Für die kommunalen Einrichtungen ist dies jedoch keine Option. Zu der Kernzeit antwortet Herr Hoffman, dass sich diese auf 9 bis 15 Uhr verteilt. Er befürwortet ebenfalls die Erhöhung sowie die Reform des Landeszuschusses.

Stadträtin Yvonne Gruber, Fraktion Freie Bürgerliste Plauen, möchte wissen, wie viele Kindertageseinrichtungen es in kommunaler und freier Trägerschaft in der Stadt Plauen gibt.

Oberbürgermeister Zenner antwortet, dass es insgesamt 27 Einrichtungen gibt, 17 Kitaeinrichtungen davon in freier Trägerschaft und 10 kommunal. Ferner bestätigt er, dass ein gewisser Wettbewerb nicht ausgeschlossen sei. Die Kinderzahlen gehen bis 2030 stark zurück. Er rechnet damit, dass irgendwann zu viele Kindergärten gibt und sich die Kitas behaupten werden, die den Eltern die meiste Flexibilität, guten Service und gute Betreuung bieten. Es werden heute bereits viele freie Plätze angeboten.

Oberbürgermeister Zenner korrigiert die Gesamtzahl der Kitaeinrichtungen in freier Trägerschaft auf 18.

Stadtrat Sebastian Heydel, CDU-Fraktion, möchte wissen, ob die Buchung der Zeiten über die App oder manuell erfolgt und wie groß der Aufwand für die Kitas vor Ort sei.

Herr Hoffmann antwortet, dass es in der App noch nicht etabliert sei. Nur in der Kita Kosmonaut werden die Zeiten in der App erfasst. Derzeit wird die Nutzung des Wochenstundenmodells über eine Vereinbarung als Anlage zum Betreuungsvertrag geregelt. Der Papieraufwand ist demnach übersichtlich. Ständige Änderungen gebe es nicht.

Die Stadtverwaltung nimmt sich dem Antrag an.

4. Vorberatung

4.1. Antrag der BSW-Fraktion - Gemeinsam für eine bessere Finanzierung der Kinderbe-

betreuung -, Reg.-Nr. 34-24 - Stellungnahme der Verwaltung

Stadträtin Mary Wachsmuth, BSW-Fraktion, stellt den Antrag, Reg.-Nr. 34-24 vor.

Oberbürgermeister Steffen Zenner teilt mit, dass die Stellungnahme der Verwaltung vorliegt und er sich dem Antrag vollumfänglich annimmt.

Er findet den Antrag völlig berechtigt und ergänzt, dass die Stadt Plauen gemeinsam mit dem SSG grundsätzlich eine Dynamisierung der Elternbeiträge sowie eine einmalige und mindestens zusätzliche Erhöhung von 10 % einfordern werden.

Mit dem Landeszuschuss vom Freistaat Sachsen, kann die Kinderbetreuung nicht mehr auskömmlich finanziert werden. Dadurch mussten die Eltern und die Stadtkasse mehr belastet werden.

Die Diskussion um die sinkenden Kinderzahlen, welcher zum Rückbau der Kitaeinrichtungen führen könnte, kann er nicht nachvollziehen. Als Kommune müssen wir mehr Personal schulen, um den Betreuungsschlüssel zu verbessern. Dass der Betreuungsschlüssel verbessert werden müsste, steht außer Frage, dennoch könne dies nicht auf den Schultern der Kommunen ausgetragen werden, so Oberbürgermeister Zenner abschließend.

Der Antrag wurde nicht abgestimmt.

5. Aktueller Sachstand Villa Postplatz - Berichterstattung: Frank Zabel

Oberbürgermeister Steffen Zenner schlägt vor, zuerst den Antrag der Fraktion DIE LINKE./Grüne vorzustellen. Der Antrag wurde nicht zur Sitzung ausgereicht. Anschließend wird Herr Zabel über den aktuellen Stand zur Villa Postplatz berichten.

Frau Stadträtin Steffi Liedtke, Fraktion DIE LINKE./Grüne, erläutert den Inhalt ihres Antrages und ergänzt, dass die Arbeit in der Villa am Postplatz als sehr wertvoll empfunden wurde. Solange die Anschlussfinanzierung noch nicht geklärt ist, hatte ihre Fraktion die Idee, Herrn Zabel teilweise in die Betreibung einzubinden.

Frank Zabel, Koordinator Kommunalen Präventionsrat, berichtet zum aktuellen Stand betreffend Villa am Postplatz.

In den 6 Monaten fanden 250 Veranstaltungen statt. Über 20 Vereine und Institutionen haben sich an Beratungs-, Sport- und Kulturangeboten beteiligt. Dadurch habe man 6000 Menschen erreicht. 40-60 Besucher am Tag haben die Villa am Postplatz aufgesucht. Die Angebote wurden gut angenommen, daher spricht er sich für den Erhalt der Villa am Postplatz aus.

Im Oktober 2024 ist bekannt geworden, dass keine Fördermittel für die „Sozialen Orte“ vom Sozialministerium zugesagt werden können. Nach der Haushaltskonsolidierung in Dresden habe man Fördermittel zwar in Aussicht gestellt, bisher gebe es aber keine Finanzierungszusage vom Ministerium. Eine kurzfristige Lösung sei nicht in Sicht, daher müssen wir diese Zeit überbrücken, erklärt Herr Zabel weiter.

Mit Unterstützung von Frau Vizepräsidentin Magdas hat Herr Zabel die Ministerien angeschrieben, in der Hoffnung etwas zu bewirken. Dennoch werden bis zum Sommer keine Landesmittel fließen. Bundesmittel in Höhe von 140.000,00 Euro soll es für die Partnerschaft „Demokratie leben“ geben, jedoch sind diese Fördermittel nur für projektbezogene Veranstaltungen vorgesehen.

So werden nun für die Übergangsphase Nutzungsverträge mit den Partnern und mit der Gebäude- und Anlagenverwaltung, die für die Bewirtschaftung des Objekts verantwortlich sei, abgeschlossen. Damit könne man vorübergehend die Freizeit- und Beratungsangebote auf-

rechterhalten. Jedoch sind die Partner für die Vor- und Nachbereitung vor Ort selbst zuständig. Das ist mit einem höheren Aufwand verbunden. Aufgrund dessen ist die Diakonie Plauen als Partner ausgestiegen.

Herr Zabel verspricht, die Arbeit in Bezug auf die Villa am Postplatz wie bisher weiterzuführen und die Villa bald wieder mit Leben zu füllen. Die Finanzierung ist eine große Hürde, denn die Fördermittel werden nur befristet zur Verfügung gestellt. Auch die Kommune selbst darf keine Fördermittel beantragen. Dies müsste über einen Träger laufen und wäre mit hohen bürokratischen Aufwand verbunden. Er plädiert daher für feste Zuschüsse.

Oberbürgermeister Zenner versichert, dass die Stadtverwaltung sich um die Villa am Postplatz kümmert und die Villa nicht aufgeben möchte. Momentan versucht man die Finanzierung mit den Fördermitteln aus dem ZIZ Programm zu kompensieren. Er beteuert, dass derzeit mit der Kirchgemeinde intensiv über die Möglichkeiten verhandelt wird.

Daher schlägt er vor, den Antrag zunächst zurückzustellen und Herrn Zabel im Rathaus zu belassen. Der Antrag sei zwar gut gemeint und nachvollziehbar, aber in der Konsequenz eigentlich nicht notwendig, da sich die Stadtverwaltung intensiv um die Fortführung der Villa am Postplatz einsetzt, so Oberbürgermeister Zenner.

Stadträtin Liedtke stimmt dem Vorschlag des Oberbürgermeisters zu.
Über den Antrag der Fraktion DIE LINKE./Grüne wird daher nicht abgestimmt.

Stadtrat Michael Petzold teilt mit, dass im Anschluss an die heutige Sitzung weitere Gespräche mit der Kirchgemeinde zur Villa am Postplatz geführt werden. Die Markus-Paulus Kirchgemeinde steht zu der Villa am Postplatz und ist an der Erhaltung ebenso weiterhin interessiert.

Die ständige Beantragung der Fördermittel sei in diesem Fall nicht mehr zeitgemäß und höchst bürokratisch, so würde der Oberbürgermeister Zenner ebenfalls feste Zuschüsse vom Land befürworten.

6. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Es gibt keine Anfragen.

Plauen, den

Plauen, den

Steffen Zenner
Oberbürgermeister

Yvonne Gruber
Stadträtin

Plauen, den

Plauen, den

Ellen Rotaj
Schriftführerin

Cornelia Erhardt
Stadträtin